



Grüß Gott liebe Freunde,

in den letzten Tagen bewegt ein Thema die Gemüter rund um das Kraftwerk Isar: Die neue Stromtrasse von Wolmirstedt (Sachsen-Anhalt) und Isar bei Essenbach/Niederaichach. Um hier eine vernünftige Lösung zu finden, welche bis 2025 realisiert sein soll, habe ich in dieser und der letzten Woche Gespräche mit Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier und dem Netzbetreiber TenneT geführt. Weder darf es zu einer Verbreiterung der Trasse kommen, noch dürfen die Standortgemeinden weiter über Gebühr mit weiteren Infrastrukturmaßnahmen überfrachtet werden.



© Florian Oßner MdB





© Florian Oßner MdB

Zudem wurden die Geschäftsführer der neuen Autobahngesellschaft des Bundes letzte Woche ernannt. Damit kommt ein Reformprojekt in Schwung, welches zur Beschleunigung großer Infrastrukturprojekte beitragen kann. Besonders freute mich der Besuch aus der Heimat: Eine Gruppe politisch stark Interessierter erlebten das Bundesverkehrsministerium, den Reichstag sowie viele weitere Sehenswürdigkeiten rund um Berlin. Zahlreichen Detailfragen durfte ich Rede und Antwort stehen.





© Florian Oßner MdB

Letzten Samstag besuchte ich die Gewerbeschau Ergoldsbach mit CSU-Freunden: Es war ein beeindruckendes Schaufenster unseres Handwerks in der Region Landshut-Kelheim.





© Florian Oßner MdB

Viel Freude beim Lesen wünscht

Ihr Florian Oßner MdB

Interview BILD

Dobrindt: „Das ist mehr als ein Linksruck, das ist eine Flucht“

Am Donnerstag kommen die Spitzen von CDU, CSU und SPD zusammen, um im Koalitionsausschuss über die aktuellen GroKo-Baustellen zu diskutieren. In der BILD sprach der Vorsitzende der CSU im Bundestag, Alexander Dobrindt, über die aktuellen Themen der Regierung.



Herr Dobrindt, Klimaschutzgesetz, Grundrente ohne Bedarfsprüfung, Einsparungen im Haushalt... Die SPD macht derzeit die Ansagen in der GroKo...

Rückabwicklung der Agenda 2010, Abschaffung von Hartz IV, Homeoffice für alle haben Sie noch vergessen. Die SPD arbeitet sich verdächtig nah an die Linkspartei ran. Das ist mehr als ein Linksruck, da ist eine Flucht nach links zu spüren.

Finanzminister Scholz sagt, die Grundrente ist auch ohne Bedarfsprüfung finanzierbar. Sehen Sie das auch so?

Nein. Wir wollen die Grundrente. Aber man fragt sich doch, was die SPD eigentlich umtreibt, wenn sie die individuelle Einkommenssituation nicht prüfen will, bevor sie zusätzliche Leistungen verteilt. Der SPD-Vorschlag führt dazu, dass auch Renten von Ehepartnern aufgestockt werden, deren Haushaltseinkommen höher sind, als von manchen Arbeitnehmern, die dafür bezahlen sollen. Das kann nicht richtig sein. Die SPD erweckt den Eindruck, dass sie nicht an einer Problemlösung interessiert ist, sondern einen Rentenstreit provozieren will.

Die Union will den Soli komplett abschaffen. Ist das trotz sinkender Steuereinnahmen noch möglich?

Die Steuereinnahmen sinken nicht, sie wachsen nur weniger schnell als in der Vergangenheit. Wir haben nach wie vor Rekordsteuereinnahmen. Wann, wenn nicht in dieser Zeit soll dem Steuerzahler etwas zurückgegeben werden? Drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung gehört der Soli nicht mehr auf die Gehaltsabrechnung der Bürger, sondern in das Geschichtsbuch der Bundesrepublik Deutschland.

Würden Sie einem Kompromiss zustimmen, den Soli zunächst für 90 Prozent der Steuerzahler abzuschaffen und die komplette Streichung auf später zu verschieben?

Das entspricht der Vereinbarung im Koalitionsvertrag. Uns ist wichtig, dass wir dabei auch einen Fahrplan für die weiteren Schritte bis zur kompletten Abschaffung finden. Die Politik hat immer versprochen, dass der Soli befristet erhoben wird. Daran muss sie sich halten.

In der SPD wird argumentiert: Soli-Abschaffung und Grundrente sind bezahlbar, wenn der Spitzensteuersatz angehoben wird. Gehen Sie da mit?

Auf keinen Fall. In Zeiten von Rekordsteuereinnahmen Steuererhöhungen zu fordern, zeigt doch nur, dass man nicht mit Geld umgehen kann.

Es gibt Streit um die Einspar-Forderungen des Finanzministers an die Ressorts der Union. Was werden Sie von Olaf Scholz beim Koalitionsausschuss am Donnerstag fordern?



Wir wollen mehr Geld für die Modernisierung der Infrastruktur, für die Verteidigung und die Sicherheit. Was Olaf Scholz plant, ist kein Zukunftshaushalt für Deutschland sondern ein Therapiepaket für die SPD. Sinkende Investitionen bei gedämpfter Konjunkturerwartung und wachsenden internationalen Herausforderungen sind ein falsches Signal.

Bei der Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft für Dschihad-Heimkehrer gibt es noch immer keine Einigung. Was muss geschehen? Wer muss sich bewegen?

Als erstes muss in jedem Einzelfall geprüft werden, ob die deutsche Staatsangehörigkeit überhaupt rechtmäßig erworben wurde. Wer sich dem IS anschließt und für den Dschihad kämpft, zeigt doch mehr als deutlich, dass er mit unseren Werten und Gesetzen nichts zu tun haben will. Deshalb ist bei Doppelstaatlern die Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft die logische Folge. Die Bundesjustizministerin hat das erforderliche Gesetz dazu schon zu lange verschleppt.

Die SPD will im Falle eines Rücktritts von Angela Merkel offenbar AKK nicht zur Nachfolgerin wählen. Legen Sie sich auf Neuwahlen fest, sollte es zum Bruch kommen?

Wir arbeiten dafür, dass die Koalition zusammenbleibt. Die GroKo hat bisher Vieles auf den Weg gebracht, was das Leben und den Alltag der Bürger in Deutschland konkret verbessert. Auch die SPD sollte die Erfolge dieser Regierung selbstbewusst vertreten, anstatt ständig Debatten über ein frühzeitiges Ende der Koalition anzuzetteln. Vertrauen gewinnt man mit guter Arbeit, nicht mit Diskussionen über das Ende der Koalition und der Flucht aus der Verantwortung.

Unionsfraktionschef Brinkhaus hält einen Moslem als Bundeskanzler für denkbar. Sie auch?

Mir ist nicht bekannt, dass aus den Spitzen der Unionsparteien jemand zum Islam übertreten will. Von daher erübrigt sich die Debatte.



Ein Jahr Große Koalition

Eine starke CSU in einer starken Koalition



© picture alliance / Michael Kappeler / dpa

Die Bundesregierung ist seit einem Jahr im Amt. In dieser Zeit hat die Große Koalition bereits etliche Vorhaben umgesetzt und viele Projekte auf den Weg gebracht.

Die CSU hat geliefert

170 Seiten oder 140 konkrete Einzelvorhaben umfasst der Koalitionsvertrag, der am 12. März letzten Jahres von den Spitzen von CSU, CDU und SPD unterschrieben wurde. Vieles davon wurde bereits in Angriff genommen und umgesetzt. So wurde im Juni letzten Jahres das Baukindergeld beschlossen, welches rückwirkend zum 1. Januar 2018 in Kraft trat. Pro Kind und Jahr erhalten Eltern zehn Jahre lang 1.200 Euro, wenn ihr zu versteuerndes Jahreseinkommen 90.000 Euro nicht übersteigt. Familien wird die Eigentumsbildung dadurch erheblich erleichtert. Wir haben zudem das Mietrecht und die Grundgesetz-Regelung zum sozialen Wohnungsbau geändert, um für mehr bezahlbaren Wohnraum zu sorgen. Wir erhöhen ab dem 1. Juli 2019 das Kindergeld um 10 Euro sowie seit dem 1. Januar 2019 den Kinderfreibetrag um 192 Euro. Wir heben den steuerlichen Grundfreibetrag an und bauen die kalte Progression ab. Dieses Paket entlastet die Steuerzahler und dabei insbesondere Familien bis 2022 um insgesamt mindestens 35



Milliarden Euro. Auch die Einführung der Parität bei der gesetzlichen Krankenversicherung bringt Entlastung für die gesetzlich krankenversicherten Arbeitnehmer und Rentner. Wir haben zudem ein großes Rentenpaket geschnürt mit der Mütterrente II, einem Herzensanliegen der CSU im Bundestag. Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, erhalten seit 1. März einen halben Rentenpunkt mehr.

Neue Dynamik bei der Sicherheit

Außerdem haben wir mit dem Pakt für den Rechtsstaat, unsere Justiz- und Sicherheitsbehörden gestärkt, indem wir 2.000 zusätzliche Stellen für Richter und Staatsanwälte geschaffen haben. In den Bundeshaushalten 2018 und 2019 haben wir zudem bereits 4.000 Stellen für die Bundespolizei und das Bundeskriminalamt beschlossen. Auch haben wir den Migrationsdruck auf unser Land nachhaltig verringert. So haben wir dafür gesorgt, dass im Koalitionsvertrag der Familiennachzug für Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz auf maximal 1.000 Personen pro Jahr beschränkt ist. Auch wurden in Bayern bereits die ersten sieben von der CSU in den Koalitionsverhandlungen vehement geforderten AnKER-Zentren errichtet. In einem AnKER-Zentrum arbeiten verschiedene Behörden zusammen, wie z.B. das Jugendamt oder das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Menschen mit positiven Aussichten auf einen Asylstatus werden rasch auf die Kommunen verteilt, die übrigen Personen verbleiben im AnKER-Zentrum bis zur Abschiebung oder freiwilligen Rückkehr. Innenminister Horst Seehofer (CSU) sagte am Mittwoch am Rande einer Sitzung des Innenausschusses im Bundestag: "Ein so arbeitsreiches Jahr wie seit dem März letzten Jahres habe ich noch nie absolviert, und die Ergebnisse sind sehr gut." Auch Kanzlerin Angela Merkel (CDU) ist mit der Leistung der Großen Koalition sehr zufrieden. Die Koalition habe eine Menge geschafft, "trotz aller Diskussionen, die wir auch hatten", sagte sie hierzu.

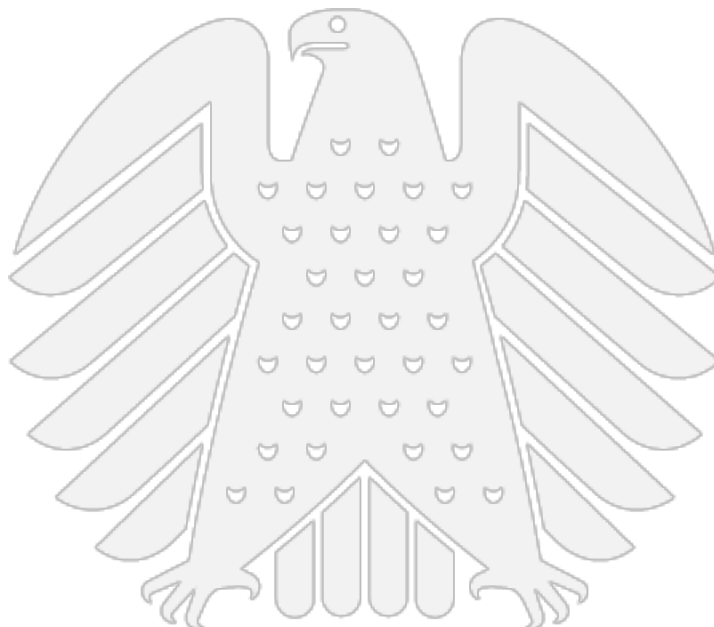
Die CSU hält die Koalition auf Kurs

Vor allem aber bleibt festzustellen: Das erste Jahr der Großen Koalition trägt eine starke christsoziale Handschrift. Auch aktuell zeigt sich der Stellenwert der CSU im Bundestag in der Koalition mit den Sozialdemokraten. In den vergangenen Wochen vollführte die SPD einen scharfen inhaltlichen Linksschwenk weit jenseits der Koalitionsvereinbarung. So fordern die Genossen aktuell unter anderem die milliardenschwere Grundrente ohne Bedarfsprüfung und eine Abkehr von Hartz IV und dem Prinzip "Fordern und Fördern" hin zur überholten Sozialhilfe. Angesichts dieser Gemengelage kritisierte der Vorsitzende der CSU im Bundestag, Alexander Dobrindt, zu Recht die SPD. Diese arbeite sich "verdächtig nah an die Linkspartei" heran. "Das ist mehr als ein Linksruck, da ist eine Flucht nach links zu spüren", analysierte er. So sei der Vorstoß für eine Grundrente ohne Bedarfsprüfung eine gezielte Provokation zur Herbeiführung eines Rentenstreits. Derartigen Vorstößen wird die CSU im Bundestag auch weiterhin Einhalt gebieten.



Die Weichen für die Zukunft stellen

Im zweiten Jahr der Großen Koalition kommt es jetzt darauf an, dass wir uns stärker den Zukunftsthemen zuwenden: Wir müssen zusammen mit Andreas Scheuer (CSU), Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, den Mobilfunkausbau weiter vorantreiben und für schnelles Internet sorgen. Die kürzlich verhandelte Grundgesetzänderung zur Digitalisierung der Schulen und die damit verbundenen Finanzhilfen für die Länder müssen nun bei den Lehrern und Schülern auch ankommen. Wir wollen unsere Umwelt schützen, aber mit Augenmaß und ohne staatliche Regulierungswut. Vor allem wollen wir unser Land wirtschaftlich auf Erfolgskurs halten. Alexander Dobrindt hat angesichts der schwächer werdenden Konjunktur einen Haushalt gefordert, der die Wirtschaft ankurbelt. Deutschland brauche "Wachstumsimpulse und weniger Sozialstaatsdebatten", sagte er an die Adresse des SPD-Finanzministers. Es gelte, die Bereiche Infrastruktur, Investitionen und Innovationen zu stärken. Auch Steuererhöhungen werde es mit der CSU nicht geben, auch der ausgeglichene Haushalt stehe nicht zur Disposition.





Invictus Games

Die Invictus Games nach Deutschland holen



© picture alliance / AP Photo

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie die SPD wollen die "Invictus Games", einen Sportwettkampf für versehrte Soldaten, als deutliches Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung nach Deutschland holen. Am Donnerstag hat der Bundestag in erster Lesung über den Antrag beraten.

Anerkannte Plattform für eine stärkere Wertschätzung der versehrten Soldaten

Seit 1990 hat sich die Bundeswehr mit Zustimmung des Deutschen Bundestages an über 40 Auslandseinsätzen beteiligt. Und auch derzeit helfen knapp 3.500 Soldatinnen und Soldaten in mehr als 15 Einsätzen, internationale Krisen zu bewältigen und Konflikte einzudämmen. Bei diesen Einsätzen sind Soldatinnen und Soldaten immer wieder auch verletzt worden, sei es physisch oder psychisch. Viele leiden seither unter den Folgen, teilweise lebenslang. Um diesen Menschen eine neue Perspektive zu geben, aber auch, um ihnen mehr öffentliches Verständnis und Anerkennung zukommen zu lassen, wurden die "Invictus Games" ins Leben gerufen. Mittlerweile haben sich die "Invictus Games" unter der Schirmherrschaft von "Prinz Harry" zu einer anerkannten Plattform für eine stärkere Wertschätzung der versehrten Soldaten entwickelt. Kriegsversehrte Soldaten



können in insgesamt 12 Sportarten bei den "Invictus Games" antreten. Dabei geht es nicht nur um den sportlichen Erfolg.

Silberhorn: "Die Invictus Games sind ein großartiges Beispiel dafür, was mit Sport und mit gesellschaftlichem Zusammenhalt erreicht werden kann."

Vielmehr sollen die Wettkämpfe sowie die regelmäßige, strukturierte Trainingsvorbereitung die Betroffenen dabei unterstützen, zurück ins Leben zu finden. Somit haben die "Invictus Games" eine Sinnhaftigkeit, die weit über das sportliche Kräftenessen hinausgeht. Ebenfalls sollen die Wettbewerbe mehr Aufmerksamkeit und eine stärkere Anerkennung im öffentlichen Diskurs bewirken und vor Augen führen, was unsere Soldaten für die Bundesrepublik Deutschland und den internationalen Frieden geleistet haben. Thomas Silberhorn (CSU), Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin der Verteidigung machte dies in seiner Rede vor den Abgeordneten besonders deutlich. Er begrüße, dass im Deutschen Bundestag darüber diskutiert werde, wie die deutsche Öffentlichkeit damit umgehen wolle, wie denen, die mit Verletzungen körperlicher oder auch seelischer Art aus einem Einsatz zurückkommen, nicht nur Wertschätzung, sondern auch Unterstützung zuteilwerden lassen könne. Silberhorn zeigte sich auch von der Ausdauer und Willensstärke der versehrten Athleten beeindruckt: "Diese Menschen sind verletzt, aber sie sind unbändig, unbesiegt in ihrer Willenskraft, trotz der Verletzungen körperliche Höchstleistungen zu erbringen." Für die CSU im Bundestag, der Stimme der Streitkräfte in unserem Parlament ist daher klar, dass wir eine Bewerbung Deutschlands um eine Austragung der "Invictus Games" in unserem Land durchzuführen auf jeden Fall unterstützen. Staatssekretär Silberhorn appellierte daher an die Abgeordneten: "Die Invictus Games sind ein großartiges Beispiel dafür, was mit Sport und mit gesellschaftlichem Zusammenhalt erreicht werden kann." Zur weiteren wohlwollenden Beratung wurde der Antrag federführend an den Sportausschuss überwiesen.

Impressum

Herausgeber: Florian Oßner MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 / 227 71 999

E-Mail: florian.ossner@bundestag.de

Fax: 030 / 227 76 999